

Dierk Borstel/Claudia Luzar

Demokratie leben in sterbenden Regionen? – Das Beispiel Ostvorpommern

In Ostvorpommern – rechts oben auf der Deutschlandkarte – hört man in den Dörfern oft den Satz: Früher war die Welt noch in Ordnung. In bester Ordnung möchte man hinzufügen, sicher aber in klarer Ordnung. Die Demokratie mit ihren komplizierten Prozessen, Werten und Kulturen erreichte diesen peripheren ländlichen Raum erst 1989. Er kämpft war sie vor Ort nicht. Sie wurde hingenommen wie andere Systemwechsel vorher auch. Tatsächlich keimten jedoch Hoffnungen auf einen neuen Wohlstand, das Versprechen der D-Mark, assoziiert mit dem neuen VW-Modell, dem Beate Uhse Katalog und der ersten Pauschalreise nach Mallorca. Das demokratische System und die damit verbundenen Versprechen der Freiheit waren vor Ort eher Beiwerke, die eines pragmatischen Umgangs bedurften. Die Wohlstandsversprechen erwiesen sich schnell als hohl. Entgegen westdeutscher Erfahrungen in den 50er Jahren hielt die junge Demokratie Einzug mit einer wirtschaftlichen Rezession. Hinzu kamen grundsätzliche Wandel in der Landwirtschaft, die bisher die Dörfer strukturierten und das damit frühe Einsetzen der Massenarbeitslosigkeit. Parallel zeigte sich, dass Ostvorpommern zum bundesweiten Vorbild einer Region wurde, die im doppelten Sinne mit dem Folgen des demographischen Wandels konfrontiert war: Die Jungen verlassen die Region und die Verbliebenen werden älter oder anders ausgedrückt: Die schrumpfende Region altert, sichtbar im Zerfall dörflicher Infrastruktur, spürbar in den Stimmungen und Kulturen des Umgangs miteinander vor Ort. Diesbezüglich stellt sich nun die Frage, wie sich nun in einer solchen Region die junge Demokratie als Herrschaftssystem halten und als Gesellschaftssystem entfalten kann.

Um diese Frage beantworten zu können, bedarf es zunächst eines grundlegenden Verständnisses dieses peripheren ländlichen Raums, seiner eigenen Traditionen und historischen Kontinuitäten wie Brüche, die bis heute das soziale Leben und das kollektive Gedächtnis vor Ort prägen. Besonderes Augenmerk wird dabei auf den Umbruch 1989ff gelegt. Mit der rasanten Modernisierung der Landwirtschaft verlor die Region ihren zentralen sozialen Dreh- und Angelpunkt des dörflichen Lebens, ohne dass ein neuer Integrationsmodus gefunden worden wäre. Die Folgen sind heute vor Ort offen sichtbar. Ostvorpommern gilt als Modellwerkstatt des internationalen Rechtsextremismus. Die demokratischen Akteure und große zivilgesellschaftliche Stützen des Westens wie Kirchen und Gewerkschaften sind hingegen organisatorisch schwach oder manchmal auch gar nicht vorhanden. Die rechtsextreme Seite nutzt entstehende Freiräume. Sie ist dabei jedoch nicht alleine und trifft auf z. T. neue künstlerische Milieus, Aussteiger aus der Großstadt und staatlich geförderte Demokratieprojekte. Dieser Beitrag will in die soziale und politische Realität vor Ort blicken. Dabei greifen die Autorin und der Autor auf empirisches Material einer langjährigen Feldforschung vor Ort (Borstel 2011) sowie das Wissen eigener Praxisinstallationen in der Region zurück. Zunächst jedoch gilt es, die Region genauer kennenzulernen.

Erste Annäherung - Die Region Ostvorpommern

Die Region Ostvorpommern stellte bis zur Kreisgebietsreform 2011 eine eigene Verwaltungseinheit und ging nun in den neuen Großkreis Vorpommern-Greifswald auf. Das Land Mecklenburg-Vorpommern besteht ähnlich wie Baden Württemberg aus zwei Landesteilen, die historisch nicht unbedingt zusammengehörten. Ostvorpommern gehört traditionell eher zum Einzugsgebiet Stettins, während Mecklenburg sich an Rostock und Hamburg orientiert. Mit der neuen deutsch-polnischen Grenze nach dem Krieg wurde Ostvorpommern von seinen historischen Verbindungslinien abgetrennt.

In sich war der Altkreis Ostvorpommern viergeteilt. Bekannt sind die Seebäder Usedom, eines der größten Touristengebiete Deutschlands. Weniger bekannt ist das strukturschwache und z. T. wenig erschlossene Hinterland der Insel. Hinzu kommt mit Wolgast eine kleine, schöne Stadt mit eigener

Hafen- und Werfttradition. Dahinter erschließt sich jener Landstrich, der im Mittelpunkt dieses Textes steht: der periphere ländliche Raum im Hinterland Usedom. Deren größte Stadt ist die frühere Kreisstadt Anklam, die zur Wende noch stolze 20.000 Einwohner zählt und danach über 8.000 ihrer Einwohner verlor. Um Anklam herum und mit zum Teil kilometerweiten Abständen zueinander finden sich zahlreiche traditionelle Dörfer wie Ducherow, Bugewitz, Bargischow oder Kosenow, teils umgeben von ewigen Wiesen, Wäldern und landwirtschaftlichen Nutzflächen. Im Herbst ziehen die Kraniche über Vorpommern hinweg und stärken sich dort für ihren Weg. Besonders für naturaffine und ruhesuchende Touristen bietet der Landstrich unerkannte Möglichkeiten der Erholung.

Der periphere ländliche Raum in Ostvorpommern – historischer Vorlauf¹

Winkler spricht in Bezug auf die Weimarer Republik von einer „hingenommenen Verfassung“ (Winkler 1993, S. 99). In besonderer Weise trifft dies auf die traditionell konservative und von Gutsherrschaft geprägte Region Vorpommern zu. Der Gutshof ist strikt autoritär organisiert. Eine Demokratie, auch verstanden als Alltagskultur mit Elementen der Partizipation, Teilhabe und des Minderheitenschutzes, kann sich dort vor dem Nationalsozialismus nicht entwickeln. Zu stark sind die aus dem Kaiserreich fortlaufenden Traditionen, zu starr die alltäglichen Regeln auf dem Hof und auch im Dorf und zu schwach mögliche Demokratie fördernde Akteure. Zwar erfolgt eine langsame Modernisierung besonders der Landwirtschaft sowie auch der Ausbau der Infrastruktur besonders durch bessere Bahnanbindungen und Straßenbauprojekte, die Alltagskultur jedoch bleibt davon weitgehend unberührt. Die Weimarer Verfassung ist in Vorpommern niemals fest verankert. Sie wird leidlich toleriert, vor Ort auch unterlaufen und niemals mit Leben gefüllt.

In der Erinnerung der Bevölkerung wird weder die Weimarer Republik noch der Nationalsozialismus bis 1943/44 als zentraler Bruch der Alltagsgeschichte wahrgenommen. Die örtlichen dörflichen Strukturen bleiben von den politischen Veränderungen weitgehend unberührt, so stark ist der Einfluss der Gutshöfe auf Dorf und Bevölkerung. Das ändert sich rapide zwischen 1945 und 1952/53. Der erste Bruch kommt mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und den Wirrungen der Vertreibung. Einige Gutsbesitzer fliehen aus Angst vor den Sowjets gen Westen und verlassen damit ihre Höfe. Dadurch entsteht ein Vakuum in der Dorfgemeinschaft. Die bisherige Autorität ist nicht mehr da, eine neue kann oft so schnell nicht aufgebaut werden und die Agrararbeiter haben keine Erfahrung mit der Selbstorganisation. Hinzu kommt der starke Zuzug und Durchzug von Flüchtlingen aus dem Osten. Die Dorfgesellschaften stehen vor enormen Herausforderungen bei der Unterbringung und dem Umgang mit Flüchtlingen bei gleichzeitig sich zuspitzender ökonomischer Situation. Viele Dorfgesellschaften sind bis heute im Bewusstsein der Bewohner zweigeteilt zwischen den Eingeborenen und den Flüchtlingen aus dem Osten.

Der zweite und wohl entscheidende Bruch ist die Bodenreform im Spätsommer 1945. Die verbliebenen Großgrundbesitzer werden enteignet, viele flohen. Die Gutshöfe werden aufteilt und die Flächen an Kleinbauern, Arbeiter und Flüchtlinge verteilt. Dieser Schritt zerstört die bestehenden Dorfstrukturen und -kulturen. Der bisherige Dreh- und Angelpunkt der Dorfgemeinschaft, der Gutsherr, wird entfernt und somit eine Situation geschaffen, in der sich die Dörfer in sich und aus sich heraus neu organisieren müssen. Interessant ist dabei, dass sich viele Dörfer gegen die Enteignung und Vertreibung „ihrer“ Gutsherren zur Wehr setzen, was zeigt, dass viele Dorfgesellschaften mit ihrer bisherigen Struktur nicht unzufrieden sind.

1 Das folgende Kapitel ist eine gekürzte und gründliche überarbeitete Fassung des Kapitels III.1 der Dissertation von Borstel. (Vgl. Borstel 2011, S. 53-59)

Den vorläufigen Endpunkt dieser zunächst zögerlich durchgesetzten Maßnahmen setzt der Beschluss der 2. Parteikonferenz der SED von 1952, der den Zusammenschluss der Neubauern zu sozialistischen, landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) mit Nachdruck forciert. Vereinzelt haben sich bereits Bauern von sich aus zusammengeschlossen. Andernorts lebt die Idee des bäuerlichen Kleinbetriebs auf und steht im Widerspruch zur kollektivistischen Agrarpolitik der SED. Zunächst gebremst durch die Unruhen von 1953 verstärkt die SED den Druck auf die Bauern ab 1958 massiv. Dabei schreckt die SED-Spitze auch vor Druckmitteln der Nötigung und Erpressung genauso wenig zurück wie vor Verhaftungen sich widersetzender Bauern durch Mitarbeiter der Staatssicherheit.

Seit 1961 gilt die Kollektivierung der Bauern als weitgehend abgeschlossen. Für die den ländlichen Raum prägenden Dörfer hat die Kollektivierung entscheidende Folgen. Neuer Dreh- und Angelpunkt wird der Kollektivbetrieb, der Arbeit mit Freizeit und Kultur verbindet. Die Arbeit selbst wird neu geregelt und nach Erfahrungen aus der Welt der Industriearbeiter organisiert. Die Identifizierung vieler Bauern mit dem Hof schwindet dadurch. Es ist nicht mehr ihr Hof sondern ihr Arbeitsplatz. An Stelle traditioneller Bindungen zum Hof tritt ein Bewusstsein des Arbeiters auf der Agrarfabrik mit geregelten Arbeits- und Urlaubszeiten. Wichtiger ist jedoch noch die Entkoppelung des Wohnraums von der Arbeitsstätte. Lebten Bauern früher selbstverständlich auf dem Hofe, beziehen sie nun häufiger Wohnungen jenseits des Agrarbetriebs. Die Landwirtschaft behält zwar so eine dominante und prägende Stellung in der Dorfgesellschaft, ist jedoch nicht mehr unmittelbar mit dem Dorfe verbunden. Dorf und Landwirtschaft bilden noch immer einen Verbund, aber keine zwangsläufige Einheit mehr. Die Produktion dient fortan dem ganzen Land und nicht mehr alleine der Region; dennoch bleiben die LPGs in die regionalen Wirtschaftsläufe integriert.

Der periphere ländliche Raum – die Wende 1989 und ihre Folgen

Diese Einbindung der LPGs in die Region ändert sich kurz nach der Wende 1989/ 90 massiv. Der ostdeutschen Landwirtschaft gelingt in kurzer Zeit durch eine strikte Politik der Privatisierung die Modernisierung der Betriebsstrukturen. Aus den LPGs werden hoch moderne Agrarfabriken, deren Produktivität den westdeutschen Schnitt deutlich übertrifft und die sich ideal anpassen an die Vorgaben und Bedürfnisse des Weltmarktes. Damit verbunden ist der Abbau von knapp 80% der Arbeitsplätze, was die Arbeitslosigkeit in kurzer Zeit im ländlichen Raum erheblich ansteigen lässt. Die Landwirtschaft ist in der DDR im ländlichen Raum zumeist größter Arbeitgeber. Diese Funktion erfüllt sie nicht mehr. Der Betrieb entkoppelt sich aber auch aus den regionalen Wirtschaftskreisläufen. Die Produktion ist auf den Weltmarkt ausgerichtet und nicht auf die kleineren, finanziell weniger interessanten regionalen Wirtschaftskreisläufe. Land spricht diesbezüglich von einer „Entbettung des Kerns der Agrarproduktion aus den lokalen und regionalen Produktionskreisläufen und Wertschöpfungsketten“ (Land 2005, S. 133), was zur Folge habe, „dass die Synergie- und Folgeeffekte für die lokale Wirtschaft in dem Maße zurückgehen, wie die Produktivität der Agrarbetriebe mit der Einbettung in neue überregionale Produktionskomplexe voranschreitet“ (Land 2005, S. 133). Konzepten der Regionalentwicklung fehlen dadurch – so es keine gewerblichen oder touristischen Alternativen gibt – wirtschaftlich potente Zugpferde, die regionale Wirtschaftskreisläufe aktivieren können.

Die Situation scheint dabei paradox. Die Landwirtschaft gehört zu den großen Gewinnern der Wende von 1989/ 1990, der ländliche Raum jedoch zu den Verlierern. Während die landwirtschaftlichen Betriebe weltmarktcompatibel sind, verlieren die Dörfer im ländlichen Raum ihre ursprünglich „konstitutive Funktion.“ Land schreibt zu den Dörfern: „Sie waren nicht einfach nur der Standort der

Agrarbetriebe [...], sie waren Knoten im Netzwerk der lokalen Cluster der Agrarwirtschaft. [...] Der enge Zusammenhang von Dorf und Landwirtschaft blieb in der engen lokalen Vernetzung erhalten“ (Land 2005, S. 133).

Dieser Zusammenhang hat sich bis auf wenige Ausnahmen aufgelöst. Freigesetzt wurde der Großteil der früheren Beschäftigten der LPGs. Willisch stellt dazu die These auf, „dass diese Arbeitsgesellschaft nach der Wende nirgends so gründlich zerstört worden ist wie im ländlichen Raum der DDR jenseits der Großstädte. Eine Beschreibung dessen, was wir dort beobachten können, gleicht in vielen Punkten Berichten und Studien aus amerikanischen Gettos oder französischen Vorstädten“ (Willisch 2008, S. 55).

Während die Generation der (Früh-) Rentner gerade noch den rechtzeitigen Sprung in eine neue Sicherheit schafften, bedeutet dieser Bruch für die Generation der zur Wendezeit 30-50-Jährigen, dass ihre sicher geglaubte berufliche Perspektive nicht mehr existiert, sie nie wieder in ihrem erlernten Bereich arbeiten werden und sich vielerorts keine neuen beruflichen Alternativen für sie auftun. Generationsübergreifend wird die Nachwendezeit als biographische Herausforderung und Zeit des Wandels beschrieben. Bude schreibt zu dieser Gruppe:

„Von der einstmals hochgehaltenen Sozialschicht einer neuen Modernität des Landlebens ist nichts übrig geblieben. Weil wesentliche Kapitel ihrer Biographie entwertet worden sind, fühlen sie sich wie die Ungestorbenen einer untergegangenen Gesellschaft. Was sie können und was sie wollen, was sie erreicht haben und worauf sie stolz sind, spielt keine Rolle mehr. Der historisch-soziale Raum, aus dem ihre sozialmoralischen Orientierungen stammen und auf den sie ihre politisch-praktischen Vergleiche beziehen, ist von der gesellschaftlichen Landkarte verschwunden“ (Bude 2008, S. 56 f.).

Mit diesem ökonomischen, sozialen und biographischen Wandel verbunden ist die politische Transformation. Erstmals gewinnen die vorpommerschen Dörfer die reale Option der demokratischen Selbstverwaltung. Dieser Vorgang ist jedoch weniger selbst erkämpft denn fremdbestimmt. Sie wird aber durchaus willkommen geheißen und mit großen Hoffnungen verbunden. Die politische Opposition der DDR konzentriert sich auf die Metropolen. Wendeaktivitäten gibt es im ländlichen Raum Vorpommerns faktisch nicht. Auf eine aktive Beteiligung der Bevölkerung an der Arbeit der Verfassung wird nach dem Vereinigungsprozess verzichtet. Das neue politische System führt in politischen Milieus zu starken Veränderungen. Die Honecker-Elite muss die politische Arena räumen. An ihre Stelle tritt jedoch im Gegensatz zu den anderen osteuropäischen Ländern ein Elite-Import aus Westdeutschland und nicht der eigene politische Nachwuchs. Dabei galt nach Derlien (vgl. Derlien 2001, S. 68) die Regel: Je höher die Position, desto größer der Anteil der Westdeutschen. Das gilt eingeschränkt für die kommunale Ebene und gänzlich für die Landesebene. In Ostdeutschland, das betont Pollack zu Recht, haben 1990 die Ideen der westlichen Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft noch sehr hohe Akzeptanzwerte, die erst im Laufe des Transformationsprozesses drastisch zurückgehen (vgl. Pollack 1997, S.6)

Historische Erbschaften

Für den ländlichen Raum lassen sich einige dieser gedanklichen Stränge möglicherweise noch zuspitzen. Vorpommern ist eine Region ohne Demokratieerfahrung und Tradition. Es gibt keine Freiheits-, sondern eine Autoritarismustradition. Das Grundgesetz wird weder erkämpft noch in seiner inneren Werthaftigkeit tatsächlich auch alltagskulturell verankert. Im Verfassungsprozess ist eine

Unterstützung eines solchen Prozesses auch nicht explizit vorgesehen. Stattdessen wird die Hoffnung betont, dass der westdeutsche Weg nach 1949 wiederholt werde, indem die Demokratie mit dem ökonomischen Aufschwung zunehmend Akzeptanz gewinnt. Dieser Weg bleibt jedoch dem ländlichen Raum in Vorpommern verwehrt. In der Zeit, in der das politische System erlernt, erprobt und entwickelt werden könnte, bricht die dörfliche Gesellschaft - wie beschrieben - weitgehend in sich zusammen. Die biographischen Brüche sind dramatisch und damit die personellen Ressourcen zur Pflege und zum Aufbau des politischen Systems stark begrenzt. Es zeigt sich auch, dass das politische System angesichts des Fortlaufs der Globalisierung zusehends an ökonomischer Steuerungskapazität verliert, da die globalisierte Ökonomie die nationalstaatlichen Regulierungsmechanismen zusehends bricht. An die Stelle der von Habermas formulierten *nachholenden Revolution* (Habermas 1990), die westliche Ökonomie- und Freiheitsstandards in die ostdeutsche Gesellschaft integrieren soll, tritt die ostdeutsche Gesellschaft unmittelbar in eine Phase der zunehmenden Globalisierung nach dem Zusammenbruch der dualen Welt ein. Hinzu kommt die ostdeutsche Erfahrung, dass lediglich individuelles Handeln Möglichkeiten der sozialen Stabilisierung verspricht, indem nach Westdeutschland umgezogen wird, kleine Betriebe gegründet oder auch Ausstiegsmodelle aus der Gesellschaft erprobt werden. Dieses individuelle Handeln hat jedoch keine historisch-kulturelle Verankerung und entspricht nicht dem Modell des Kollektivismus der DDR-Gesellschaft. Für die Aneignung und Gestaltung der politischen Kultur bleibt in diesen Umbruchzeiten und angesichts der Brüche der Biographien wenig Zeit. Die formellen staatlichen Strukturen werden zwar erstaunlich schnell etabliert und erreichen auch zügig eine hohe Leistungsfähigkeit. In der politischen Kultur jedoch sind Defizite noch immer offenkundig. So etabliert sich z. B. bis heute nur rudimentär eine aktive, unabhängige und eindeutig demokratische Zivilgesellschaft in Ostdeutschland (Vgl. Gensicke et al. 2009) Ansätze existieren oft nur in den großstädtischen Metropolen. Im ländlichen Raum sind sie bis heute eine Seltenheit, was nicht bedeutet, dass dort keine engagierten Menschen leben. Deren Engagement konzentriert sich jedoch zumeist auf soziale und kulturelle und nicht auf explizit politische Belange.

Was folgt daraus noch heute für den ländlichen Raum in Vorpommern? Der Start in die junge Demokratie erfolgt unter denkbar schlechten ökonomischen, sozialen, historischen und kulturellen Bedingungen. Das demokratische Herrschaftssystem wird pragmatisch eingeführt, eine Alltagskultur nicht verankert und die zivilgesellschaftliche Prägung der demokratischen Kultur will nicht gelingen.

Zoomen wir an dieser Stelle zwanzig Jahre weiter und analysieren die aktuelle gesellschaftliche Situation sowie die Qualität der politischen Kultur.

Der periphere ländliche Raum in Ostvorpommern – die Gegenwart

Die Entfremdung von der Demokratie als Herrschaftssystem hat sich nicht grundsätzlich reduziert und die praktischen Wege haben sich sogar deutlich vergrößert. Der neue Großkreis Vorpommern-Greifswald kann sich in seiner Größe am Bundesland Saarland messen, entsprechend weit weg erscheint dort für viele selbst die regionale Politik.

Die positive Nachricht

Die offiziellen Zahlen suggerieren zunächst eine soziale Befriedung. Die Arbeitslosenzahlen sind seit Jahren rückläufig. Frühere Höhepunkte mit Zahlen jenseits der 30% sind Vergangenheit. Heute schwanken die Zahlen oft zwischen 15-20%. Jenseits der offiziellen Statistik und vor Ort in den Dörfern wird der Wandel der Arbeitslosigkeit jedoch anders wahrgenommen. Tatsächlich wurden kaum neue Arbeitsplätze geschaffen. Es dominieren prekäre Arbeitsverhältnisse im saisonalen

Tourismus. Viele Ältere meiden bereits den Gang zur Arbeitsagentur und fallen so aus der Statistik. Jüngere verlassen die Region mit größter Selbstverständlichkeit nach der Schule, um woanders ihr Arbeitsglück zu suchen. Andere hangeln sich von Minijob zu Minijob und stocken ihr Gehalt vom Staat auf. So entsteht eine Entkoppelung der positiveren Statistik und von der gesellschaftlichen Realität vor Ort. Die Menschen fühlen sich noch weniger ernst genommen und erinnern sich an Statistiken der DDR-Regierung, über die früher herzlich gelacht wurden, weil allen klar war, dass diese lediglich sozialistische Luftschlösser enthielten und keiner realen Prüfung standhielten.

Der Blick hinter die Zahl

Blickt man nun genauer auf die dörflichen Gesellschaften zeigt sich eine paradox erscheinende Situation. Auf dem ersten Blick fallen die zahlreichen neuen Straßen und zum Teil auch renovierten Häuser auf. Der Zerfall dörflicher Gesellschaften zeigt sich allerdings erst zuletzt in der Infrastruktur der öffentlichen Hand. Er erfolgt schleichend mit der Rückentwicklung öffentlichen Lebens. Die meisten Dörfer verfügen nicht mal mehr über eigene Kneipen oder andere öffentliche Räume wie Schulen, Kulturhäuser oder Ähnliches. Das Leben stirbt hier langsam. Viele Familien sind überfordert mit den ökonomischen Herausforderungen. Die Arbeitslosigkeit nagt am Selbstvertrauen vieler. In solchen Situationen ziehen sich die Menschen zurück und verarbeiten individuell, häufig destruktiv mit Alkohol und Gewalt, ihr Schicksal. Das fällt öffentlich jedoch kaum auf, weil es keine öffentlichen Plätze mehr gibt, wo es für alle sichtbar auftreten könnte oder an denen ein Austausch über entsprechende Beobachtungen noch erfolgen könnte. Ein Erschrecken gibt es nur dann noch, wenn elementare humanitäre Standards scheinbar außer Kraft gesetzt sind. In einer Gemeinde lag zuletzt eine langjährige Bewohnerin knapp drei Monate tot in ihrer Wohnung, ohne dass dieses jemand im Dorf aufgefallen wäre. Solche Ereignisse locken die Dorfbewohner dann doch noch zum Gespräch an den Gartenzaun. Sie führen jedoch nicht zu einer neuen Kultur der Integration, sondern dokumentieren vielmehr den Zerfall traditionellen Dorflebens, das traditionell durch die enge soziale Bindung und damit verbundene hohe Sozialkontrolle geprägt schien.

Trotz solcher illusionsloser Beispiele gibt es auch Hoffnungsschimmer frohen Lebens in der Region. Ein Beispiel: In der kleinen Gemeinde Bugewitz hält sich bis heute eine kleine, privat betriebene Dorfkneipe mit angeschlossenem Veranstaltungsraum. Im Alltag gibt es einen kleinen Mittagstisch und abends Bier und Schnaps. An besonderen Tagen lädt der Kulturverein „Weitblick“ zu internationaler Musik und das mit riesigem Erfolg. Die Veranstaltungen sind gut besucht. Oft nehmen Gäste weite Fahrten auf sich, um an den Konzerten teilzunehmen. Im Alltag ist die Kneipe Kommunikationsknoten in der Gemeinde und damit auch ins Dorfleben integriert. Die Konzerte hingegen sind vor Ort kaum verankert. Der dahinter stehende Künstlerverein besteht zumeist aus Zugezogenen. Das intellektuelle Niveau und das kulturelle Kapital liegt deutlich – und das wird auch gerne betont – über dem örtlichen Durchschnitt. Die Veranstaltungen sind somit streng genommen gern gesehene Einschläge einer doch fremden, oft auch großstädtisch geprägten Welt. Dies schmälert weder den Erfolg noch die Sinnhaftigkeit des künstlerischen Tuns. Nur ist wichtig zu bedenken, dass für den Alltag das gemeinsame Bier wichtiger ist als das ausverkaufte Haus am Wochenende.

Die erfolglose Sinnsuche

Solche und ähnliche Veranstaltungen z. B. im Umfeld des bekannten Anklamer Theaters können auch über ein zentrales Defizit in der Region nicht hinwegtäuschen. Es fehlt an der Idee einer positiven Zukunft für diese Region. Fragt man vor Ort die Bewohner der Dörfer nach der Zukunft, erntet man oft nur Spott und blanken Zynismus. Zukunft ist hier zur negativen Vokabel geworden und trotzdem gibt es vor Ort ein hohes Maß an Identifikation und Stolz auf die Schönheit und Kultur der Region. Einer der wenigen Begriffe, die noch positiv konnotiert sind, ist der der Heimat. Heimat ist immer ein

Sinnbild für ein emotionales Zuhause und Ausdruck einer Hoffnung auf inneren Frieden und Einheit mit sich und seiner Umgebung. Demokratie hingegen ist vielerorts ein Schimpfwort geworden und steht für das triste und entfremdete Jetzt und Hier, emotionale Kälte, pragmatischen Funktionalismus und in der persönlichen Tristesse der Arbeitslosigkeit für versunkende Träume von einem Leben in sozialer Sicherheit und Wohlstand und beides zu Hause in Ostvorpommern.

Auch jenseits der Region scheint sich kaum jemand für diese Region zu interessieren. In den überregionalen Medien taucht die Region zumeist nur im Zusammenhang mit Rechtsextremismus auf. In der Landeshauptstadt Schwerin hört man unter der Hand auch von hohen Vertretern des Landes, dass größere Ideen für die Region nicht vorhanden seien und dass es eigentlich auch niemanden wirklich interessiere, da die Region politisch wie ökonomisch weitgehend bedeutungslos sei. Das Nachbarland Brandenburg ist diesbezüglich offener und ehrlicher. Förderungen sollen sich dort und zukünftig alleine auf Leuchtturmregionen konzentrieren. Der periphere ländliche Raum bleibe dann weitgehend auf sich alleine gestellt. Den Mensch dort gelte es, dies klar zu sagen, die damit verbundenen Konsequenzen aufzuzeigen und zu betonen, dass niemand gezwungen werde, dort weiter zu leben. In Vorpommern fehlt es bisher an dieser Deutlichkeit der politischen Elite. Sie betont vielmehr die positive Arbeitsmarktstatistik und redet so – scheinbar autosuggestiv – an der Realität vor Ort vorbei. Eine praxistaugliche Strategie zum Umgang mit den Folgen des demographischen Wandels wurde bisher ebenfalls nicht öffentlich und vor Ort mit den Menschen zusammen entwickelt. Es verwundert so auch nicht, dass Ortsnamen wie „Schwerin“, „Berlin“ und „Brüssel“ zu Synonymen einer abgehobenen, realitätsfernen und an der Region desinteressierten Politikkulisse werden, die sich demokratisch nennt, am Bürger zumindest in Vorpommern aber eigentlich nicht interessiert ist.

Die örtlichen Alternativen

Dabei ist es nicht so, dass im Berliner und im Schweriner Politikbetrieb das örtliche Demokratiedefizit völlig unerkannt geblieben wäre. Ganz im Gegenteil investiert der Staat seit Jahren sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene in Demokratieprojekte vor Ort. Die örtliche Situation wird dabei vor allem als grundsätzliches Demokratiedefizit vor allem in der Zivilgesellschaft und weniger als Konglomerat unterschiedlicher Faktoren und Gründe gedeutet. Ein örtliches Regionalzentrum verspricht dann auch Demokratieerziehung in der Schule sowie eine mobile Beratung bei offen demokratiefeindlichen Vorfällen zumeist mit rechtsextremem Hintergrund. Ob dieser Ansatz erfolgreich ist oder nicht, ist dabei schwer zu beurteilen. Eine aussagekräftige Evaluation gibt es nicht. Vor Ort dominiert die Skepsis und ein gewisser Spot für „junge Politikwissenschaftler“, die „uns beibringen wollen, wie wir zu sein haben.“ In Schwerin hingegen loben die zuständigen Ministerien den Ansatz.

Ein zweites Projekt wurde hingegen gerade sehr erfolgreich evaluiert: der Demokratieladen in Anklam, der mit einem offeneren Ansatz der Sozialen Arbeit operiert (unveröffentlichter Bericht liegt vor). Auf den ersten Blick handelt es sich um ein Ladengeschäft, in dem die Bevölkerung Gespräche und Publikationen vor allem der Bundeszentrale für politische Bildung erwerben kann. Wohl eher zufällig herbergte das Geschäft vorher einen Laden für An- und Verkauf, der wie so viele in der Region schon vor Jahren pleite ging. Tatsächlich ist die Kommstruktur im Laden bescheiden. Über das Projekt sagt das jedoch wenig, denn: Reagiert das Regionalzentrum lediglich auf Anfrage, gehen die Mitarbeiterinnen des Projektes offen auf die Menschen vor Ort auch in den Dörfern zu, um – und das ist zentral – ihnen zunächst zuzuhören und keine bestehenden Projekte oder Ideen unterzubringen. Dadurch fühlen sich die Angesprochenen ernst genommen und entwickeln ein persönliches Verhältnis und damit Vertrauen in die beiden Mitarbeiterinnen. Über diesen Weg des offenen Zuhörens, Zuhörens und gemeinsam Entwickelns entstehen dann kleinere Projekte und Vorhaben. Vor allem aber füllt das Projekt damit das zentrale Defizit in den sterbenden Regionen aus: öffentliche

Kommunikation als (Wieder-)Einstieg in den Aufbau gegenseitiger Hilfestrukturen und damit gesellschaftlicher Integrationsmechanismen vor Ort. Der Erfolg ist einerseits messbar, andererseits sind solche Projekte ein Strohfeuer auf weiter Fläche und in ihrer Gesamtwirkung notwendig begrenzt, da sie die strukturellen Hintergründe der Situation weder erfassen noch verändern können. Der Gedanke, dass zwei Mitarbeiterinnen ein Demokratiedefizit von Jahrhunderten erfolgreichen bearbeiten, dürfte schon an sich eher naiv sein.

Einen anderen Weg gehen die Rechtsextremisten vor Ort. Ihre kulturelle Verankerung in vielen Gemeinden ist vielfach wissenschaftlich untersucht und medial beschrieben worden (Borstel 2011, Buchstein/ Heinrich 2010). Das Schweriner Innenministerium wirbt vor allem mit der Situation in Ostvorpommern für ein NPD-Verbot. Dabei ist die NPD in der Region nur rudimentär vorhanden. Es ist vielmehr ein bewegungsförmiger Rechtsextremismus aus Kameradschaftsstrukturen, Netzwerken, Einzelpersonen und verdeckten Unterstützern in den Gemeinden mit viel Anklang in der Jugendkultur. Während die demokratischen Akteure sich mit einer öffentlichen Defizitanalyse zurückhalten, betonen die Rechtsextremisten in ihrer Propaganda die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Missstände. Dadurch erlangen sie eine erhebliche Diskursmacht vor Ort und werben so für einen grundsätzlichen Systemwechsel, den sie – nicht ungeschickt – mit dem Bild einer dann gesunden Heimat verbinden (Borstel 2007). Trotz erheblicher Geländegewinne ist ein durchschlagender Erfolg der Rechtsextremisten bisher ebenfalls ausgeblieben. Die Gründe dafür liegen zum Teil in der Szene selbst und der ihr eigenen Paranoia und Unfähigkeit begründet, zum anderen hat auch sie kein reales Mittel gegen Prozesse der fortgeschrittenen Desintegration.

Deutlich spannender zu beobachten sind eine dritte Gruppe von zum größten Teil Zuzügler und Aussteiger. Ostvorpommern entwickelt sich mit seinen Freiräumen und billigen Immobilienpreisen zu einem Experimentierfeld für biologisch orientierte Kommunen, Künstler und Aussteiger. Perspektivisch könnte Ostvorpommern somit zu einem Labor für neue Ideen und gesellschaftliche Entwürfe werden. Davon ist derzeit jedoch noch nicht viel zu spüren.

Am Bedeutendsten sind jedoch die vielen Engagierten in den Dörfern, die sich trotz aller Probleme noch gesellschaftlich engagieren. Sie agieren zumeist unbeobachtet im Kleinen. Vor Ort sind sie bekannt. Sie selbst finden ihre Arbeit z. B. im Sportverein, für die Feuerwehr oder im Karnevalsverein selbstverständlich und erkennen oft gar nicht, dass sie es sind, die die Lebensqualität in den Dörfern entscheidend prägen. Sie betreiben damit auch Demokratiearbeit im besten Sinne, ohne mit diesem Wort jedoch hausieren gehen zu müssen und die wenigsten von ihnen werden es mit ihrem Engagement in Verbindung bringen.

Fazit

Die Zukunft der Demokratie in Vorpommern ist davon abhängig, ob in den sterbenden Dörfern noch dörfliches Leben aufrechterhalten werden kann oder nicht. Mit der Kommunikation sterben zunächst die Region und damit auch später die Demokratie. In Ostvorpommern ist das demokratische System bisher weitgehend eine abgehobene Fassade ohne kulturellen Unterbau, stehen geblieben aus Mangel an glaubwürdigen Alternativen und fehlender Revolutionswut der Bewohner, die sich eher ergeben denn wehren. Soziale Arbeit kann – wenn sie will und darf – einen konstruktiven Beitrag zur Wiederbelebung der Kommunikation leisten. Die strukturellen Probleme der Region, bedingt auch durch die Historie, bedürfen jedoch weitergehender und grundsätzlicher Debatten und eines expliziten politischen Willens. Ohne massive Investitionen in die örtliche gesellschaftliche Integration und damit in eine spürbare Zukunftsperspektive verkommt der periphere ländliche Raum dort zu einer demokratiefremden Zone unter einem formal demokratischen Mantel.

Literaturverzeichnis

- Borstel, D. (2007): Heimat und Zukunft in Ueckermünde. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 5. Frankfurt: Suhrkamp Verlag, S. 197-206
- Borstel, D. (2011): „Braun gehört zu bunt dazu!“. Rechtsextremismus und Demokratie am Beispiel Ostvorpommern. Münster: MV-Wissenschaft
- Bude, H. (2008): Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Buchstein, H./ Heinrich, G. (Hrsg.) (2010): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Schwalbach: Wochenschau Verlag
- Derlien, H. U. (2001): Elitezirkulationen zwischen Implosion und Integration. In: Bertram, H./ Kollmorgen, R. (Hrsg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern. Budrich & Budrich, Opladen, S. 53-76
- Gensicke, Th. et. al. (2009): Entwicklung der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland. Quantitative und Qualitative Befunde. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Habermas, J.(1990): Die nachholende Revolution. Frankfurt: Suhrkamp Verlag
- Land, R. (2005): Die neue Landwirtschaft und die Dörfer. Gibt es noch Chancen für ländliche Entwicklung? In: Tolerantes Brandenburg (Hrsg.): Dokumentation der Fachtagung: Hightechlandwirtschaft und sterbende Dörfer? – Chancen und Probleme der Zivilgesellschaft in den ländlichen Räumen Ostdeutschlands. Potsdam; Eigendruck, S. 131-150
- Pollack, D. (1997): Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr.13, S. 3-14
- Willisch, A. (2008): Drogen am Eichberg oder Feuer im Ausländerheim. Die Ghettorisierung ländlicher Räume. In: Bude, H./ Willisch, A. (Hrsg.): Exklusion. Die Debatte über die „Überflüssigen“. Frankfurt: Suhrkamp Verlag, S. 50-68
- Winkler, H. A. (1993): Weimar 1918-1933. Mainz: Büchergilde Gutenberg

Autor/-in

Dierk Borstel, geb. 1973, Prof. Dr., ist seit 2012 Professor für praxisorientierte Politikwissenschaften an der Fachhochschule Dortmund

Claudia Luzar, geb. 1975, Dipl. Pol., ist seit 2011 Lehrbeauftragte für angewandte Sozialwissenschaften an der Fachhochschule Dortmund sowie wissenschaftliche Leiterin des Projektes „Back Up – Beratung für Opfer rechter Gewalt in Westfalen“